

Herrn
Dr. Dietmar Woidke
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Potsdam, 15. März 2024

Beim Bürokratieabbau in Brandenburg vorankommen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Woidke,

der Nationale Normenkontrollrat hat es in seinem jüngsten Jahresbericht bestätigt: Noch nie war der laufende Erfüllungsaufwand der deutschen Gesetzgebung so hoch wie heute: Allein für die Wirtschaft liegt diese finanzielle Belastung mittlerweile bei rund 65 Mrd. € - pro Jahr! Und diese Tendenz verstärkt sich mit jedem neuen Gesetz weiter, allen Entlastungsversprechen zum Trotz.

Dabei liegt es im Interesse aller, den Erfüllungsaufwand signifikant zu senken. Nicht nur die Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger würden von einem deutlich reduzierten Aufwand profitieren. Auch die Verwaltung würde erheblich entlastet.

Diese Argumentation haben Sie sich bei verschiedenen Gelegenheiten zu eigen gemacht und die Wirtschaft aufgefordert, Vorschläge einzubringen, wie der Bürokratieabbau auf Landesebene gelingen kann. Dieses Angebot nehmen wir als Vertreter der Brandenburger Wirtschaft gern an und senden Ihnen beiliegend unseren gemeinsamen Entlastungskatalog zu.

Im Kern geht es darum, eine Trendumkehr einzuleiten: Die Belastungsbremse „One in one out“ muss geschärft und zu „One in two out“ werden. Brandenburg muss Vorreiter werden, wenn es darum geht, jeder neuen Belastung eine Entlastung in doppelter Höhe entgegenzusetzen und so Bürokratieabbau messbar zu machen. Ein Normenkontrollrat Brandenburg - frühzeitig in die Gesetzgebung eingebunden - könnte dafür sorgen, dass der Erfüllungsaufwand jedes einzelnen Gesetzes minimiert wird. Außerdem kann er mit dem Praxis- und Digitalcheck einen Beitrag zur Gesetzesoptimierung leisten.

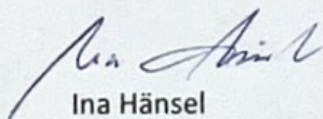
Ein zentraler Hebel, um Bürokratiekosten signifikant zu senken, ist die Digitalisierung der Verwaltung und ihrer Prozesse. Nachdem das erste Onlinezugangsgesetz seine Ziele deutlich verfehlt hat, muss es nun gelingen, die OZG-Fokusleistungen zügig zu digitalisieren. Selbstredend stehen hier für uns die wirtschaftsrelevanten Verwaltungsleistungen im Mittelpunkt – ebenso wie das Organisationskonto auf ELSTER-Basis, dass sich in Brandenburg zum zentralen Element der digitalen Kommunikation zwischen Verwaltung und Wirtschaft entwickeln muss.

Wir appellieren an Sie, die Verwaltungsdigitalisierung des Landes und der Kommunen mit großem politischen Willen voranzutreiben. Das leistet nicht nur einen deutlichen Beitrag zum Bürokratieabbau, sondern sichert auch - vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst - die zukünftige Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung.

Viele der im Katalog zusammengestellten Maßnahmen können durch Anpassung der Landesgesetzgebung umgesetzt werden. Darüber hinaus aber wirken diverse Bundesgesetze, die im Bund-Länder-Pakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung adressiert werden. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören beispielsweise verkürzte Fristen für die Planfeststellung oder Zulassungsentscheidungen mit Genehmigungs- oder Zustimmungsfiktion, eine verbindliche Stichtagsregelung zur maßgeblichen Sach- und Rechtslage sowie die Erleichterung des vorzeitigen Baubeginns. Wir fordern eine schnelle und konsequente Umsetzung im Land, sobald die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorliegen.

Der Abbau von Bürokratie ist eine gemeinsame und dauerhafte Aufgabe. Wir sind gern bereit, alle entsprechenden Aktivitäten der Landesregierung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

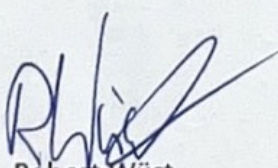


Ina Hänsel

Präsidentin

Industrie- und Handelskammer Potsdam

Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Landes Brandenburg

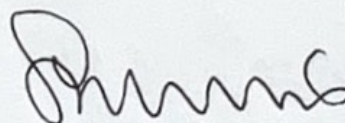


Robert Wüst

Präsident

Handwerkskammer Potsdam

Für den Handwerkskammertag Land Brandenburg



Stefan Moschko

Präsident

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)